

Am 18.12.2024 haben wir mit einer kleinen Delegation aus der IVOA und dem VKJH die am Tag der OKJA gesammelten Postkarten in einer öffentlichen Aktion im Rathausfoyer an die Staatsrätin Petra Lotzkat der Sozialbehörde übergeben (die Senatorin wurde leider von ihrem Terminkalender am Kommen gehindert). 10 OKJA Kolleg*innen mit 400 Postkarten, Wäscheklammern, Paketband und einem A3-Plakat mit Wahlprüfsteinen „bewaffnet“ stellten bereits eine politische Demonstration dar und führten zu großer Aufregung hinsichtlich des Bannmeilenschutzes. Ins Foyer duften wir dann doch. Dort haben sich von den zur Unterstützung eingeladenen jugendpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Fraktionen erfreulicherweise Sabine Boeddinghaus (LINKE) und Alske Freter (GRÜNE) eingereiht und auch das Hamburg Journal hat dazu beigetragen, dass den jungen Menschen dieser Stadt eine Stimme gegeben werden konnte! Ihre Statements zur Aussage „OKJA bedeutet für mich...“ liegen nun als Orientierungshilfe in Postkartenformat für zukünftige Entscheidungen in der Sozialbehörde und im Hamburger Senat vor – bei den anschließenden Haushaltsentscheidungen haben die Mehrheitsfraktionen leider noch nicht entsprechend gehandelt und auch für 2025 erneut unzureichende Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit beschlossen. Das geht noch besser!

Die Antworten der jeweiligen jugendpolitischen Sprecher*innen auf unsere Prüfstein-Fragen zeigen an verschiedenen Punkten positive Übereinstimmungen, weshalb wir nicht ohne gewisse Zuversicht erwarten, dass diese Positionen Eingang in die Jugendpolitik des neuen Hamburger Senats finden. Und auch unabhängig davon, wer das Sozialresort und die Regierung stellt (was bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt war), hoffen wir auf einen guten und effektiven gemeinsamen Einsatz der jugendpolitisch Verantwortlichen ALLER demokratischen Parteien für die Belange der Offenen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien – und natürlich erstrebt auch deren Einsatz als wirkungsvolle solidarische Lobby für die jungen Menschen selbst.

Im Folgenden stellen wir die Antworten der angefragten Fraktionen vor, soweit diese vorliegen:

„Wie wollen Sie die Offene Arbeit stärken, damit diese nicht im Sozialen Arbeitsfeld marginalisiert wird?“

Antworten der Fraktionen auf die Fragen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von Silke Seif (CDU), Michaela Jašová (LINKE), Lena Schwarzer (GRÜNE) und Uwe Lohmann (SPD)

FORUM: In Hamburg fehlen infrastrukturell verankerte Schutzräume vor Marginalisierung und Diskriminierung. Diese Schutzräume sollten niedrigschwellig und anonym in den Sozialräumen zur Verfügung stehen. Einrichtungen, die im Stadtteil fest zur Infrastruktur gehören sind auszubauen.

Was tun Sie konkret, um solche Räume für junge Menschen und ihre Familien flächendeckend zu entwickeln? Wo sehen Sie Schwerpunkte für den Ausbau einer sozialen Infrastruktur? Welche Rolle spielen dabei Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Jugendsozialarbeit, Straßensozialarbeit?

Uwe Lohmann, SPD: Der Schutz und die Förderung junger Menschen erfordern eine ganzheitliche soziale Infrastruktur, die sowohl Schutzräume als auch gezielte Unterstützungsangebote umfasst. Während Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit durch bedarfsorientierte Konzepte soziale Teilhabe und individuelle Förderung ermöglichen, spielt auch die Familienförderung eine entscheidende Rolle: Sie ist früh einsetzend, niedrigschwellig gestaltet und für viele Eltern erste Anlaufstelle bei Fragen zu Erziehung und Familienleben. Frühzeitige, niedrigschwellige

Angebote unterstützen Eltern in Erziehungsfragen und schaffen stabile Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen ihrer Kinder. Durch diese Kombination aus Schutz, Bildung und sozialer Unterstützung wird Chancengleichheit gestärkt und jungen Menschen eine sichere Zukunftsperspektive eröffnet. Mit unserem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) sowie mit der Stiftung lebendige Nachbarschaften werden wir in den kommenden fünf Jahren weiterhin die Bildungs- und Jugendeinrichtungen, die Bürgerhäuser, das Wohnumfeld, die öffentlichen Plätze, Freiflächen und Grünanlagen sowie die Versorgungsstrukturen in den Wohnquartieren weiterentwickeln und damit die nachbarschaftlichen Strukturen stärken und die Lebensqualität erhöhen. In Bezug auf die Jugendarbeit sind zum Beispiel im Masterplan des neuen Stadtteils Oberbillwerder Flächen für Jungzentren bereits vorgesehen. Bei unseren Überlegungen zur Quartiersentwicklung vereinen wir noch stärker die Anforderungen für ambulante und stationäre Sozialeinrichtungen mit der Weiter- und Neuentwicklung bestehender und neuer Quartiere. Mit einer entsprechenden Vorbehaltsplanung für besondere Wohnformen (Wohngruppen für Jugendliche, solche für Senior*innen sowie ambulantes Wohnen, beispielweise für Careleaver) sichern wir die soziale Infrastruktur entlang der Bedarfe Hamburgs ab.

Silke Seif, CDU: Wir wollen Familienzentren und Familienbildungsstätten in Hamburg stärken, sodass Familien sowohl wohnortnah als auch digital verlässliche Anlaufstellen und Treffpunkte vorfinden. Für Familien, die den Weg zu den stationären Angeboten nicht schaffen, wollen wir aufsuchende Unterstützungsangebote stärken und die sozialräumlichen Hilfen ausbauen. Wir weiten für werdende und junge Eltern in schwierigen Lebenslagen die „Frühen Hilfen Hamburg“ als präventives Angebot aus. Alleinerziehende und Familien mit Kindern mit Behinderung verdienen besondere Unterstützung. Wir prüfen, Jugendzentren für queere junge Menschen als „Schutzraum“ (Safe Space) und Anlaufstelle in Hamburg einzurichten. Gerade der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kommt eine zentrale Funktion zu. Die Kinder und Jugendlichen finden Anlaufstellen, Beratung, einen Ort der Begegnung und sinnvolle Freizeitbeschäftigungen. Kinder und Jugendliche brauchen nahe gelegene, für sie zugängliche und nutzbare Räume – im territorialen wie im sozialen Sinn. Damit dies zukünftig gewährleistet werden kann, ist eine auskömmliche Finanzierung der OKJA nötig. Diese Forderung hat die CDU-Fraktion bereits mehrfach und zuletzt im Rahmen der Haushaltsberatungen in Form eines Bürgerschaftsantrages zur Sprache gebracht (vgl. Drs. 22/17093). Wir werden uns hierfür auch künftig einsetzen.

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Wir wollen jungen Menschen in ganz Hamburg sichere Schutz- und Entwicklungsräume bieten, in denen sie sich entfalten, einbringen und wachsen können. Dafür müssen wir die soziale Infrastruktur insgesamt stärken. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) stellt davon einen unverzichtbaren Teil dar – sie schafft Orte der Begegnung, Teilhabe und Demokratiebildung. Angesichts der ohnehin knappen Mittel ist die OKJA von den aktuellen Teuerungen besonders betroffen. Daher wollen wir die finanziellen Mittel so aufstocken, dass nicht nur bestehende Angebote abgesichert sind, sondern auch auf neue Bedarfe reagiert werden kann. Dafür müssen wir die Finanzierung der OKJA stärken und eine Regelfinanzierung für Projekte der Daseinsvorsorge einführen. Damit soziale Träger sich auf dem Immobilienmarkt behaupten können, wollen wir diese bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten unterstützen und dies als öffentliche Aufgabe strukturell verankern.

Michaela Jašová, DIE LINKE: Stabile soziale Infrastruktur ist für uns kein „nice to have“, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der Quartiere. Orte und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur machen einen Stadtteil erst lebenswert, ermöglichen Teilhabe, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, fördern die Integration und Demokratie, ermöglichen

Begegnungen und eröffnen Handlungsspielräume – unabhängig von Herkunft und Einkommen. Wir setzen uns sehr aktiv dafür ein, dass die soziale Infrastruktur in den Hamburger Stadtteilen auch der soziodemographischen Entwicklung entspricht und sich an den realen Bedarfen der Bewohner*innen aus den Stadtteilen orientiert. Durch unsere parlamentarische Arbeit (Debatten, Anträge, Anfragen) fordern wir aktiv und kontinuierlich einen sukzessiven Ausbau der sozialen Infrastruktur und einen aktiven Barriere-Abbau, sodass wir in Hamburg gleichzeitig von einer inklusiven Stadt sprechen können, in der Begegnungen tatsächlich möglich sind. Die Linksfraktion hat bspw. in dem parlamentarischen Antrag ein für alle Bezirke verbindliches und prozesshaftes Verfahren gefordert, welches das Ziel verfolgt, die bezirklichen Bedarfe hinsichtlich der sozialen Infrastrukturangebote ergebnisoffen zu ermitteln. Anhand der ermittelten Bedarfe sollen weitere Angebote/Orte geschaffen werden, bzw. bestehende Angebotsstruktur angepasst werden. Dabei müssen dennoch bestimmte Mindeststandards beibehalten werden: Wir fordern, dass es für alle Einrichtungen der sozialen Infrastruktur einen Plan gibt, der mit einem Zieldatum bauliche Barrierefreiheit anstrebt. Gleichzeitig fordern wir, dass es bei Quartieren mit mehr als 500 Wohneinheiten grundsätzlich immer Zugänge zu Angeboten sozialer Infrastruktur gibt. Die Einrichtungen der Kinder- Jugend- und Familienhilfe müssen bedeutend gestärkt werden, wir wollen, dass diese Orte personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie ohne Überlastung deren Arbeit machen können, so fordern wir bspw., dass alle Jugendhäuser mit mindestens zwei Vollzeitstellen ausgestattet werden müssen. Wir kritisieren seit Jahren den Zustand, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht annähernd bedarfsgerecht finanziert wird. Wir fordern eine fachlich fundierte Jugendhilfeplanung, in der Bezirke und Vertreter*innen aus der Praxis über die Ausgaben mitbestimmen. Aktuell verfügt Hamburg über keine Jugendhilfeplanung, welche den pädagogischen Grundsätzen und Bedarfen der Zielgruppe entsprechen würde. Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Jugendsozialarbeit, Straßensozialarbeit dürfen nicht abgebaut und finanziell gedeckelt werden. Ganz im Gegenteil, sie müssen flexibel und schnell auf die gesellschaftlichen Problemlagen und Veränderungen reagieren. Armut steigt, rechtsextreme Angriffe auf demokratische Institutionen häufen sich, Menschen fühlen sich in der Stadt nicht sicher und haben Zukunftsängste, Teilhabe vieler Menschen ist eingeschränkt. Bei der aktuellen Überlastung im Feld der Kinder- und Jugendhilfe ist es kaum möglich (Unterstützungs-)Angebote den Bedarfen entsprechend auszuweiten: bspw. präventive Programme der politischen oder sexuellen Bildung, Stärkung medialer Kompetenz, Bildung zur Nachhaltigkeit und so weiter. Eine lebenswerte und solidarische Stadt braucht stabile und wachsende soziale Infrastruktur!

***Zusammenfassung der Redaktion:** Alle vier Antworten heben die Bedeutung sozialer Infrastruktur hervor, die OKJA wird dabei als „unverzichtbarer“ Bestandteil genannt. Während GRÜNE und LINKE diese Infrastruktur in Hamburg insgesamt „stärken und ausbauen“ wollen, möchte sich die CDU vor allem für mehr aufsuchende Angebote und sozialräumliche Hilfen einsetzen. Die SPD nennt die Erfolge ihrer Regierungsarbeit und die Planungen für „Wohngruppen für Jugendliche, solche für Senior*innen sowie ambulantes Wohnen, beispielweise für Careleaver“.*

FORUM: Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine der wenigen institutionell gerahmten Orte für junge Menschen, Demokratie konkret zu praktizieren. Dies passiert weder in der Schule noch in den Sphären des Konsums oder der Familie (vgl. Sturzenhecker & Schwerthelm 2016, 198). Rechte Ideologien verunsichern junge Menschen und ihre Familien und tragen mit ihren vereinfachenden Parolen und scheinbaren Lösungsansätzen zur gesellschaftlichen Spaltung bei und sind demokratiegefährdend.

Junge Menschen, die sich demokratisch engagieren, werden angegriffen, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bedroht. Wie wollen Sie die dort stattfindende demokratiefördernde und antifaschistische Arbeit unterstützen?

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Wir verteidigen unsere Demokratie mit voller Kraft. Demokratie ist ein Tuwort: Sie existiert nicht einfach, sondern lebt vom Einsatz der Vielen, die sie jeden Tag gestalten und erneuern. Dieses Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie. Extremist*innen versuchen, uns unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu berauben. Um rechten Ideologien den Nährboden zu entziehen, setzen wir auf umfassende Teilhabe und Partizipation in allen Bereichen. Ziel ist es, Jugendverbände und die OKJA so zu fördern, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche davon profitieren können. Wir wollen weiterhin in Programme und Initiativen gegen jede Form von Extremismus investieren, die darauf abzielen, junge Menschen zu sensibilisieren, zu informieren und zu stärken, um extremistischen Ideologien zu widerstehen. Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Hamburg existiert zudem ein breites Beratungs- und Bildungsangebot, welches wir weiter unterstützen wollen. Demokratiegefährdende Entwicklungen und jede Form von extremistischen Bestrebungen beobachten wir intensiv und bekämpfen sie mit repressiven Maßnahmen.

Uwe Lohmann, SPD: Eine zentrale Strategie gegen die zunehmende Verunsicherung junger Menschen durch rechte Ideologien sowie der Bedrohung demokratiepädagogischer Einrichtungen besteht in der gezielten Förderung demokratischer Strukturen innerhalb der Einrichtungen. Dies umfasst die aktive Mitbestimmung junger Menschen in Entscheidungsprozessen, die Schaffung diskriminierungsfreier Räume durch verbindliche Leitlinien und Verhaltenskodizes sowie die kontinuierliche Sensibilisierung und Fortbildung des Fachpersonals im Bereich Demokratiepädagogik. Das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum (SPFZ) der Sozialbehörde bietet in diesem Zusammenhang regelmäßig Schulungen und Veranstaltungen im etablierten Schwerpunkt „Demokratie & Zivilgesellschaft“ an sowie ein „Qualifizierungsprogramm digitale Medienkompetenzen“ gezielt für Fach- und Führungskräfte in der OKJA, der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und aus Sozialräumlichen Angeboten der Jugendhilfe und Familienhilfe.

Michaela Jašová, DIE LINKE: Für uns sind Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Demokratiestütze. Wir möchten, dass diese Einrichtungen institutionell abgesichert bleiben und möglichst allen Kindern zugänglich sind. Daher fordern wir, dass es in allen Quartieren ab 500 Wohneinheiten Jugendclubs gibt, diese sollen allumfänglich barrierefrei gestaltet werden und die personelle Ausstattung muss den Bedarfen entsprechen. So sollen in jedem Jugendclub mindestens zwei Vollzeitstellen zur Verfügung stehen, zudem müssen feste Stellen (Stellenanteile) für Projekte der politischen Bildung (bspw. Antidiskriminierungsarbeit o.ä.) eingeplant werden, sodass diese nicht auf Honorarkräfte verlagert werden und kontinuierlich angeboten werden können. Zudem müssen die Hürden und der große bürokratische Aufwand bei der Antragsstellung auf Zuwendungen abgebaut werden. Die Zuwendungen müssen mindestens für zwei Jahre bewilligt werden, wobei gleichzeitig für eine flexible Zuwendungserhöhung (bspw. für Finanzierung von Tarifierhöhungen, steigende Strompreise etc.) gesorgt werden muss.

Silke Seif, CDU: Wir wollen die Jugendverbände darin unterstützen, wichtige Herausforderungen meistern zu können, wie Demokratiebildung, Medienkompetenz, inklusive Angebote/Öffnung, Stärkung der Jugendbeteiligung, Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt.

Zusammenfassung der Redaktion: *Gemeinsam ist den Antworten, dass der OKJA und den Jugendverbänden bzgl. Demokratiebildung große Bedeutung beigemessen wird. Auf unsere Frage nach dem Schutz vor rechten Angriffen auf Einrichtungen wird kaum eingegangen. Die GRÜNEN wollen „jede Form von extremistischen Bestrebungen intensiv und mit repressiven Maßnahmen bekämpfen“. Auf die Frage nach der besonderen Gefahr rechter Angriffe und Aktivitäten wird dabei nicht eingegangen.*

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt vielfältige Potenziale für Partizipationsgelegenheiten und -erfahrungen für junge Menschen bereit, wie mehrere Studien belegen (u.a. Rauschenbach, Gunda Voigts, 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung). Hinzu kommt, dass das Arbeitsfeld darüber hinaus Erfahrungen zum Aufbau von Selbstvertretungen hat, wie sie mit dem neuen Paragraphen 4a SGB VIII zusätzlich gefördert werden sollen. Echte Partizipation ist Ermächtigung junger Menschen und verbunden mit Abgabe von Macht der Erwachsenen. Das braucht Zeit- und Personalressourcen. Eine Projektförderung von Offener Kinder- und Jugendarbeit, die kennziffern- und zielzahlenbasiert arbeitet und die Ausarbeitung detaillierter Konzepte und Verwendungsnachweise forciert, erschwert zudem die Abgabe wirkmächtiger Entscheidungen an junge Menschen.

Welche Ressourcen planen Sie für die Unterstützung von Selbstvertretungen und Selbstorganisationen? Wo sehen Sie Entwicklungsbedarfe in Bezug auf Machtübergabe und Entscheidungsbefugnisse junger Menschen zum Beispiel auf bezirklicher oder hamburgweiter Ebene? Was braucht es, damit junge Menschen partizipieren und sich sowie ihre Interessen selbst vertreten können?

Michaela Jašová, DIE LINKE: Die Unterstützung von Selbstvertretungen und Selbstorganisationen junger Menschen bildet eine zentrale Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Jugendzentren, Jugendhäuser und -clubs stellen wichtige Orte der außerschulischen Bildung, aber auch demokratischer Beteiligung da. Es sind Orte, wo sich Jugendliche organisieren können, wo sie (ggf. mit Hilfe von Sozialpädagog*innen) eigene Projekte anstoßen und organisieren können, Logistik wie Räume, Technik, Knowhow von Erfahrenen etc. nutzen können, um sich mit eigenen als auch neuen und vielleicht auch herausfordernden Themen auseinanderzusetzen. Zugleich sind es auch Lernorte, wo sich Kinder und Jugendliche ausprobieren, ihre Grenzen testen, ihre Identität entwickeln – das alles sind Prozesse, bei denen Vertrauen und Sicherheit notwendig sind. Gleichzeitig muss es möglich sein, Fehler zu machen und aus diesen zu lernen. In Jugendclubs werden Jugendliche akzeptiert, so wie sie sind, und durch die Sozialpädagog*innen parteiisch unterstützt, ohne einen Leistungsdruck. Das Potential und die demokratiefördernde Kraft dieser Orte werden jedoch völlig vernachlässigt, das muss sich verändern! Stärkere politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen heißt: stabile, personell und materiell gut ausgestattete Jugendhäuser, denn Demokratie muss auch erlernt und aktiv angestoßen werden. Dieses aktive Fordern von demokratischen Prozessen und politischen Auseinandersetzungen muss auf unterschiedlichen Ebenen passieren und grundsätzlich in den Lebenswelten der Jugendlichen verankert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass einerseits in der Schule die Schulparlamente an Bedeutung gewinnen und diesen tatsächlich Gestaltungsspielräume und Entscheidungsbefugnisse zugesprochen werden, andererseits sollen Workshops, Projektwochen und andere interaktive Formate der politischen Bildung ausgeweitet werden.

Auch die gesetzlich verankerte Jugendbeteiligung nach § 33 BezVerwG darf nicht nur als scheinpartizipativ umgesetzt werden. Sie muss vereinheitlicht und institutionalisiert werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass alle Jugendlichen von dieser Möglichkeit wissen und sich auch angesprochen fühlen. Dazu gehören ein konsequenter Barriereabbau und gute

Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Jugendbeteiligung und ein klar formulierter Output, der aus dem Prozess der Jugendbeteiligung abgeleitet wird. Anders gesagt, den Jugendlichen, die sich beteiligen wollen, muss auch klar sein, dass deren Beteiligung und deren Stimme tatsächlich was verändern und bewirken kann. Grundsätzlich müssen die Entscheidungsbefugnisse junger Menschen gestärkt werden, sie sollen nicht nur in beratenden Funktionen agieren, sondern direkt mitbestimmen. Das kann zum Beispiel durch die Arbeit von Jugendparlamenten passieren, welche über die Belange der Stadt mitbestimmen, indem deren Förderungen tatsächlich auch in die Debatten der Bürgerschaft Eingang finden.

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Die Hamburger Jugendverbände und Selbstvertretungen leben Beteiligung und demokratische Selbstorganisation auf vorbildliche Weise. Wir wollen sie weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen und die Förderung so gestalten, dass Preissteigerungen nicht auf den Schultern von Ehrenamtlichen und den Familien der Kinder und Jugendlichen abgeladen werden. Außerdem wollen wir eine zentrale Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung etablieren, die junge Menschen bei ihren Ideen und Anliegen unterstützt. Jugendparlamente und Jugendbeiräte sollen mit organisatorischer Unterstützung, eigenen Budgets und einem Rederecht in bezirklichen Ausschüssen gestärkt werden. Zudem wollen wir ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz zur Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Menschen einführen. So können wir Selbstvertretungen und Selbstorganisationen junger Menschen fördern und zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.

Uwe Lohmann, SPD: Politik gestaltet maßgeblich die Zukunft unserer Gesellschaft. Auch deshalb ist es so wichtig, junge Menschen frühzeitig an politischen Prozessen zu beteiligen. So stärken wir die Demokratie und das Bewusstsein, dass dafür alle wichtig sind. Deshalb stützen und verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Jugendverbandsarbeit, sichern die Offene Kinder- und Jugendarbeit und wollen mit einem Jugendmitwirkungsgesetz die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch strukturell verankern und stärken. Junge Menschen können sich in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf vielfältige Weise beteiligen. Die Partizipation kann auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden und reicht von alltäglicher Mitbestimmung (z.B. Entscheidung über einen Wochenendausflug) bis hin zur aktiven Gestaltung der Einrichtung (z.B. Neugestaltung des Chillbereichs).

In den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit existieren darüber hinaus teilweise einrichtungsbezogene Mitbestimmungsgremien, die sich mit Anliegen und Wünschen junger Menschen beschäftigen und durch ihre Arbeit die Einrichtungen mitgestalten. Auch Ideen für die Gestaltung des umliegenden Sozialraums werden dort artikuliert und mit Hilfe der Fachkräfte an die jeweils zuständigen Stellen weitergegeben. Diese Arten der Beteiligung junger Menschen sind ein immanenter Bestandteil des Arbeitsfelds. Wir wünschen uns, dass die Einrichtungen weiterhin so engagiert die Anliegen junger Menschen berücksichtigen und sich auch als Sprachrohr der jungen Generation verstehen. Die Sozialbehörde wird in diesem Jahr eine Handreichung zum Thema Selbstvertretung veröffentlichen, die auch den Fachkräften in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Empfehlungen für die Praxis an die Hand gibt, um Selbstvertretung in den Einrichtungen weiter zu stärken. Unterstützt werden die Fach- und Führungskräfte sowie auch die jungen Menschen bei der Umsetzung dieser Aufgabe bereits von der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung, die von der Sozialbehörde gefördert wird und im Februar 2024 ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

Silke Seif, CDU: Im Rahmen des § 33 des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf bezirklicher Ebene vorgesehen. Wir werden uns die bisherigen Erfahrungen damit im Detail anschauen und in Zuge dessen evaluieren,

wie es gelebt wird und wo Nachbesserungsbedarf besteht. Wir wollen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur ein hehrer Wunsch bleibt. So hat die CDU-Fraktion beispielsweise im Rahmen eines Bürgerschaftsantrages (vgl. Drs. 22/12813) gefordert, ein Beteiligungsformat anzubieten, das es Kindern und Jugendlichen aus allen Hamburger Bezirken ermöglicht, sich an der Gestaltung der Hamburger Innenstadt zu beteiligen. Solche Formate wollen wir als CDU künftig intensivieren und mit den Beteiligten prüfen, wie wir auch eine hamburgweite Beteiligung ermöglichen können. In diesem Zusammenhang ist es für uns wichtig, junge Menschen an den Diskursen zu beteiligen und nicht über, sondern mit ihnen zu sprechen.

Zusammenfassung der Redaktion: *Gemeinsam ist den Antworten, dass die alltäglichen Beteiligungsmöglichkeiten in der OKJA als gut und wichtig angesehen werden. Die GEÜNEN wollen eine „Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung“ schaffen, Jugendparlamente und Jugendbeiräte sollen eigene Budgets und ein Rederecht in bezirklichen Ausschüssen bekommen. Alle weisen auf die gesetzlich verankerte Jugendbeteiligung nach § 33 BezVerwG hin, diese darf nach Ansicht der LINKEN aber nicht nur „als scheinpartizipativ“ umgesetzt werden.*

Der Fachkräftemangel ist besonders hoch in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist im Vergleich zum Bereich der Hilfen zur Erziehung und zur Kita in Bezug auf Personal-, Finanz- und Trägerstrukturen benachteiligt, Fachkräfte zu akquirieren und zu binden (vgl. Gunda Voigts, 2024). Wie werden Sie das Arbeitsfeld darin unterstützen, dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen? Wie können Sie die Offene Arbeit in besonderer Weise stärken, damit diese nicht noch weiter im Sozialen Arbeitsfeld marginalisiert wird?

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Das Zuwendungsrecht wollen wir so ändern, dass Befristungen die Ausnahme und nicht die Regel sind. Dies dient nicht nur der Auflösung prekärer Arbeitsverhältnisse, sondern trägt auch dazu bei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Qualität der Arbeit in der OKJA langfristig zu sichern. Dazu müssen die Förderzeiträume für Zuwendungen an den Doppelhaushalt angepasst werden und für bestimmte Projekte, die der Daseinsvorsorge dienen oder auf die ein Rechtsanspruch besteht, in eine Regelfinanzierung überführt werden. Gemeinsam mit den sozialpolitischen Akteur*innen und Expert*innen wollen wir diesen Reformprozess anstoßen. So können wir langfristige Perspektiven schaffen und eine kontinuierliche Weiterentwicklung der OKJA gewährleisten.

Michaela Jašová, DIE LINKE: Der Fachkräftemangel hat nur wenig damit zu tun, dass Menschen keine Lust mehr hätten, in sozialen und helfenden Berufen zu arbeiten. Den Fachkräftemangel betrachten wir als „selbstgemacht“, denn die prekären Beschäftigungsverhältnisse gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit treiben Menschen in andere Branchen. Wir fordern an der Seite der Beschäftigten gerechte Löhne und personelle Ausstattungen der Einrichtungen, damit diese Arbeitsfelder wieder attraktiv für Menschen werden: Es braucht eine gründliche Fachkräfteoffensive: gute Löhne, gute betriebliche Gesundheitsversorgung, Möglichkeiten sich Weiterzubilden, institutionalisierte Instrumente, die das Team stärken wie Supervision und kollegiale Beratungen. Zugleich ist die prekäre Situation im sozialen Sektor in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet, die durch Konkurrenz und Ausgrenzung bestimmt werden. So sind zum Beispiel auch die repressive Asylpolitik und die Verweigerung, Menschen Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu ermöglichen, ein Teil des Problems, den wir „Fachkräftemangel“ nennen. Die

Offene Arbeit braucht einerseits Anerkennung als eine wichtige Demokratiestütze, andererseits eine auskömmliche Finanzierung.

Silke Seif, CDU: Die Beschäftigten der OKJA arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. Sie sind unermüdlich im Einsatz für das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen. Wir werden gemeinsam mit den Einrichtungen im Sozialen Arbeitsfeld die Ist-Situation analysieren und darauf aufbauend prüfen, an welchen konkreten Stellschrauben wir drehen müssen. Damit wir spürbare Verbesserungen in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit erreichen können. Wir werden zudem dafür sorgen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit von administrativen Aufgaben entlastet wird.

Uwe Lohmann, SPD: Hamburg hat im Jahr 2024 eine Fortschreibung der Fachkräftestrategie vorgelegt, die nun systematisch und unter Beteiligung der Verbände für die Sozialwirtschaft ausgearbeitet wird. Daneben werden wir den bewährten Fachdialog mit den Bezirksämtern, mit Trägern und Verbänden in den vielfältigen, bestehenden Gremien und Austauschformaten wie dem Landesjugendhilfeausschuss und den Landesarbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII nutzen und kontinuierlich fortsetzen.

***Zusammenfassung der Redaktion:** Die GRÜNEN wollen das Zuwendungsrecht ändern, damit in der OKJA „Befristungen die Ausnahme und nicht die Regel“ sind. Die Förderzeiträume sollen an den Doppelhaushalt angepasst werden. Die SPD setzt hohe Erwartungen in ihre „Fachkräftestrategie“ und den Fachdialog mit allen Beteiligten. Die CDU will die Lage vor Ort in den Einrichtungen erst einmal evaluieren und die OKJA Jugendarbeit von administrativen Aufgaben entlasten. Und die LINKE setzt vor allem auf „gerechte Löhne und bessere personelle Ausstattungen“, damit diese Arbeitsfelder wieder attraktiv werden.*

Laut § 79 Abs. 2 SGB VIII ist ein angemessener Anteil der Gesamtaufwendungen der Jugendhilfe für die Jugendarbeit zu verwenden, die Sachverständigenkommission der Bundesregierung des 11. Kinder- und Jugendberichts hält einen Anteil von mindestens 15% für fachlich angezeigt. Dieser Forderung wird jedoch bei der Haushaltsaufstellung durch die Hamburgische Bürgerschaft nicht entsprochen. In Hamburg lag der Anteil der Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2022 bei 2,3%.

Halten Sie die Forderungen der o.g. Sachverständigenkommission nach einem Anteil von 15% für die Jugendarbeit für richtig? Wenn ja, wie wollen Sie sich in Ihrer Fraktion für eine Umsetzung einsetzen?

Uwe Lohmann, SPD: Der Hamburger Senat hat, unter Beachtung der Wahrung einer guten Haushaltsführung und auf der Grundlage einer bedarfsorientierten Angebotslandschaft, stets eine auskömmliche Versorgung der Bedarfe der Kinder- und Jugendarbeit im Blick. Diese Planungen sind jeweils innerhalb der vom Senat im Rahmen der Haushaltsaufstellung festgelegten Eckwerte vorzunehmen. Alle beteiligten Behörden arbeiten immer daran, unter Berücksichtigung der Haushaltslage und in Abwägung der unterschiedlichen Anforderungen und Bedarfslagen, das bestmögliche Ergebnis für die Arbeitsfelder sicherzustellen. Im Ergebnis ist es gelungen, dass die Rahmenzuweisungen für die Betriebsausgaben der Kinder- und Jugendarbeit seit 2015 mehrfach erhöht wurde. Zudem wurden und werden in den Aufstellungsverfahren der betreffenden Haushaltspläne deutliche Eckwerterhöhungen vorgenommen. Grundlage für eine bedarfsgerechte Angebotslandschaft ist die Jugendhilfeplanung. Die bezirkliche Jugendhilfeplanung erfolgt regelhaft auf der Basis einer eingehenden Bestands- und Bedarfsermittlung, wobei das methodische Repertoire der Jugendhilfeplanung (wie Entwicklung standardisierter Verfahren zur Bedarfsermittlung,

Aufbereitung statistischer Daten, Nutzung von einschlägigen Methoden zur Befragung von Zielgruppen und anderes) gemäß der entsprechenden Globalrichtlinien GR J1/2021 Kinder- und Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit in den Bezirken vom 21.12.2021 bedarfsorientiert genutzt wird.

Silke Seif, CDU: Wir werden die Offene Kinder- und Jugendarbeit finanziell besser ausstatten und für eine langfristig verlässliche Finanzierung, zum Beispiel über eine mehrjährige institutionelle Förderung, sorgen.

Michaela Jašová, DIE LINKE: Wir halten die Forderungen für richtig und sind der Meinung, dass Jugendarbeit bedarfsgerecht ausfinanziert werden muss. Wo die Bedarfe liegen und wie hoch sie sind, müssen Expert*innen aus der Praxis bestimmen, denn nur sie können fundiert und fachgerecht beziffern, welche Kosten auf sie zukommen, um eine gute pädagogische Arbeit zu leisten. Somit stehen wir dahinter, dass Jugendarbeit mindestens 15% der Gesamtaufwendungen ausmachen muss.

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Damit die OKJA ihre wichtige Arbeit erfolgreich fortsetzen kann, ist eine auskömmliche Finanzierung unerlässlich. Die Forderung einen bestimmten Anteil der JH-Mittel für die Jugendarbeit vorzusehen, können wir deshalb nachvollziehen. Eine feste Quote für die Jugendarbeit könnte allerdings auch die Flexibilität der Jugendhilfe insgesamt einschränken und andere wichtige Bereiche wie den Kinderschutz oder die Eingliederungshilfe unter Druck setzen. Auch wenn es nachvollziehbar wünschenswert ist, sich an konkreten Zahlen orientieren zu können: Für uns steht im Vordergrund, dass die OKJA – genauso wie die anderen Bereiche – angemessen auf aktuelle und zukünftige Bedarfe reagieren kann und die dafür notwendigen Handlungsspielräume hat. Dafür müssen wir, gemeinsam mit Ihnen und Euch, immer wieder eine auskömmliche Finanzierung für die verschiedenen Bereiche aushandeln und politisch erstreiten.

***Zusammenfassung der Redaktion:** Eine auskömmliche Finanzierung für die OKJA wird von allen Parteien als Ziel genannt. Die SPD weist auf (in ihren Augen) entsprechende Erfolge hin, LINKE und CDU fordern Verbesserungen in der Ausstattung. Die Antworten gehen, mit Ausnahme der LINKEN, nicht auf die 15%-Forderung (für die Jugendarbeit, gemessen an den der Gesamtaufwendungen für Jugendhilfe) ein.*

Wir beobachten eine ordnungspolitische, disziplinierende Entwicklung in der Jugendhilfe: Inobhutnahmen steigen, junge Menschen werden kriminalisiert und pathologisiert. Sie finden zudem in Hamburg zu wenige Angebote – sowohl im Bereich der Offenen Arbeit als auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Angebote der Jugendhilfe – insbesondere, wenn es um Lebensorte junger Menschen geht – sind zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zumindest dort, wo „der Markt“ passende Angebote nicht vorhält, muss die Stadt selbst gute sozialräumliche Einrichtungen schaffen, um nicht weiter auf die in Hamburg nach wie vor verbreitete lebensweltferne auswärtige Unterbringung angewiesen zu sein. Es braucht unserer Auffassung nach einen Ausbau der Jugendhilfe außerhalb von Marktmechanismen, um wirklich entlang der Interessen und Bedürfnisse zur Verfügung zu stehen und junge Menschen nicht als Profiteigner zu objektivieren, sondern als zu handelnde und entscheidungsfähige Subjekte zu achten.

Was halten Sie von einer sozialräumlich verorteten Jugendhilfe im Trägerverbund, selbstverwalteten Sozialraumbudgets oder aber Re-Kommunalisierungen? Was tun Sie dafür?

Lena Schwarzer, DIE GRÜNEN: Wir wollen die Jugendhilfe in Hamburg so weiterentwickeln und stärken, dass alle jungen Menschen die Unterstützung erfahren, die sie benötigen. Grundsätzlich setzen wir auf das Subsidiaritätsprinzip und Trägervielfalt. Wir sehen aber auch die Verantwortung der Politik, soziale Infrastruktur zu sichern, wo diese nicht ausreichend besteht und sie weiterzuentwickeln, wo die Entwicklung stagniert. Dazu müssen wir die Ursachen unzureichender Angebotsstrukturen angehen. Deshalb wollen wir längere Projektlaufzeiten und mittelfristige Finanzierungsmöglichkeiten schaffen. Dies kann durch eine kontinuierliche Evaluierung der aktuellen Bedarfe und eine entsprechende Anpassung der Mittel erfolgen. Für die Erarbeitung wollen wir eine Kommission aus Verwaltung, Wissenschaft, Praxis und Politik einsetzen, um gemeinsam ein Verfahren zur Entbürokratisierung und passgenauen Angebotsstruktur bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze in der Jugendhilfe zu entwickeln.

Uwe Lohmann, SPD: Die Hamburger Jugendhilfe ist geprägt von den vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Trägern, die mit fachlicher Kompetenz und viel Engagement die Betreuungs- und Hilfelandschaft ausmachen und im Austausch mit den städtischen Ämtern und der Fachbehörde weiterentwickeln. Daran wollen wir im Sinne des Subsidiaritätsprinzips festhalten und konnten bisher für die meisten Aufgaben Träger finden, die diese eigenständig und im Sinne der Kinder und Jugendlichen gestalten. Die Planungsverantwortung zur Sicherstellung einer funktionierenden sozialräumlichen Infrastruktur obliegt den Bezirksämtern in Abstimmung mit den Jugendhilfeausschüssen. Hier werden auf Basis der Bestands- und Bedarfsermittlung die Jugendhilfeplanungsverfahren methodisch ein- und umgesetzt. Ein Baustein bildet hierbei die bereits in allen drei Globalrichtlinien (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe) vorhandene Integrierte Fachplanung. Bei der Integrierten Fachplanung handelt es sich um eine langfristige, übergeordnete und innerhalb der Bezirksämter abgestimmte Planung der genannten Arbeitsfelder als Teil der bezirklichen Jugendhilfeplanung. Hierbei wird die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien leistungsbereichsübergreifend in den Blick genommen. Sie stellt eine Grundlage für weitere Planungsaufgaben der Sozialbehörde und der Bezirksämter sowie die gemeinsame Bewegung zentraler Themenfelder dar. Hier gilt es, künftig neue innovative Planungsansätze mit den anderen Bezirksämtern zu teilen und Best Practice Beispiele ggf. auf weitere Arbeitsfelder zu übertragen.

Michaela Jašová, DIE LINKE: Wir stehen klar für ein solidarisches Miteinander abseits von Leistungsorientierung und Konkurrenz. Wir fordern eine sozialräumlich verortete Jugendhilfe im Trägerverbund, Angebote der Jugendhilfe müssen in den Lebenswelten der Kinder- und Jugendlichen angesiedelt sein. Auch Sozialraumbudgets bringen mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf lokaler Ebene, aktuell ist die Rückkopplung der bezirklichen Bedarfe an die Entscheidungsmacht der Bürgerschaft unzureichend und viele Forderungen aus den Bezirken werden nicht berücksichtigt (mangelnde Finanzierung betrifft natürlich häufig kleinere Einrichtungen und Träger, die nur wenig Lobby genießen), das haben auch die Haushaltsverhandlungen gezeigt – im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe haben die Bezirksversammlungen deutlich mehr Geld gefordert, als im Haushaltsplan bewilligt wurde. Jugendhilfe muss unabhängig und parteiisch mit Jugendlichen gestaltet werden, dafür sollen freie Träger mit genügend Ressourcen aus den Kommunen ausgestattet werden, zugleich müssen aber auch Prozesse der Re-Kommunalisierung der Stadt vorangetrieben werden, vor allem in Bereichen wie Gesundheits-, Energieversorgung, Wohnraum. Wenn freie Träger keine Räume mehr für deren Einrichtungen finden, weil die Stadt „ausverkauft“ ist, lässt sich keine Jugendarbeit gestalten. Nur in Kommunen, die demokratisch und im Sinne ihrer Bewohner*innen ihre Ressourcen verteilen, kann ein gutes Aufwachsen gelingen. Als

Oppositionspartei fordern wir solche Veränderungen über die Mittel, die uns zur Verfügung stehen: Anträge im Parlament, Öffentlichkeitsarbeit, Debatten usw.

Silke Seif, CDU: Wir wollen zunächst eine Bestandsaufnahme durchführen. Hierfür wäre eine wissenschaftliche Evaluierung ein erster Schritt. Im Zuge dessen wollen wir bestehende Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe auf den Prüfstand stellen. Hierbei sollen auch Fragen nach einer sozialräumlich verorteten Jugendhilfe im Trägerverbund, ein selbstverwaltetes Sozialraumbudget oder aber eine Re-Kommunalisierungen geprüft werden.

***Zusammenfassung der Redaktion:** Die kritische Frage nach Marktmechanismen in der Jugendhilfe (die OKJA ist hier ausgenommen) und einer kommunalen Übernahme von Aufgaben der Jugendhilfe, wenn diese im marktwirtschaftlichen Rahmen nicht ausreichend angeboten werden, wurde hier nur teilweise beantwortet. Die LINKEN weisen aber hin auf Sozialraumbudgets und eine „sozialräumlich verortete Jugendhilfe im Trägerverbund“. Die GRÜNEN nennen das Subsidiaritätsprinzip und die Bedeutung der Trägervielfalt, sehen aber auch die Verantwortung der Politik, soziale Infrastruktur „zu sichern, wo diese nicht ausreichend besteht und sie weiterzuentwickeln, wo die Entwicklung stagniert“. Die CDU möchte, nach einer gründlichen Bestandsaufnahme, auch „Fragen nach einer sozialräumlich verorteten Jugendhilfe im Trägerverbund, einem selbstverwalteten Sozialraumbudget oder aber einer Re-Kommunalisierungen“ nicht ausschließen.*